

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Gert Walter MdEP, SPD-Vorsitzender in Schleswig-Holstein und Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten, stellt einen Plan für die Einheit Deutschlands in einem geeinten Europa vor.
Seite 1

Helmut Siegierschmidt formuliert zehn Thesen zur deutschen Frage.
Seite 6

Dokumentation:

Bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober in Schwante (Kreis Oranienburg), hielt Markus Meckel einen programmatischen Vortrag, den wir in mehreren Fortsetzungen dokumentieren. (Teil IV und Schluß)

Seite 8

44. Jahrgang / 238

12. Dezember 1989

Europäische Chancen für demokratischen Sozialismus

Die Einigung Europas und die Einheit der Deutschen

Von Gerd Walter MdEP
Landesvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Die Revolutionen in der DDR und in den anderen Staaten Osteuropas revolutionieren auch die Zukunftschancen des demokratischen Sozialismus in ganz Europa.

Es wird höchste Zeit, daß die europäische Sozialdemokratie die Herausforderung annimmt und es wird höchste Zeit, daß die deutschen Sozialdemokraten dabei Meinungsführerschaft übernehmen und den Berliner Bundesparteitag dazu nutzen.

Dafür gibt es viele Gründe:

E r s t e n s: Es ist die deutsche Revolution in der DDR, die die Revolution in Osteuropa unumkehrbar macht. Es ist die deutsche Frage, die schnelle und neue europäische Antworten erfordert. Es ist deshalb auch die deutsche Sozialdemokratie, die dafür Initiativen ergreifen muß. Das wird von den Schwesterparteien in Europa auch erwartet.

Z w e i t e n s: Die Union unter Kanzler Kohl genießt kein ausreichendes Vertrauen in Europa. Der Alleingang beim 10-Punkte-Plan hat der Sache aller Deutschen geschadet. Die unklare Haltung zur Westgrenze Polens schürt Ängste vor einem 4. Deutschen Reich.

Dabei gibt es jetzt die Chance für ein europäisches Haus, in dem die Deutschen selbst bestimmen können, wie sie in Zukunft leben wollen: in einer Wohnung oder in zwei Wohnungen, deren Verbindungstüren mehr oder weniger weit geöffnet sind. Wer könnte besser als die Sozialdemokratie dafür garantieren, daß davor niemand in Europa Angst zu haben braucht.

D r i t t e n s: Die Konservativen wollen aus dem Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie in Osteuropa eine Niederlage der Linken in ganz Europa machen. Gerät die Vision eines sozialen Europas, für die die Menschen in Prag auf dem Wenzelsplatz und anderswo in Osteuropa demonstrieren, unter die Dampfwalze eines im Westen entworfenen Kapitalismus-Modells - Selbstbestimmung hin, Selbstbestimmung her, Thatcherismus in Polen - das wäre eine soziale Katastrophe.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Umweltfreundlicher Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Nur eine europapolitisch offensive Sozialdemokratie kann das verhindern: Die Zukunft Europas gehört sozialdemokratischen Veränderungen - der sozialen Demokratie, den ökologischen Reformen und der Entspannung. Überlassen wir es nicht Gräfin Dönhoff zu sagen, daß der Sozialismus als Utopie nicht gescheitert sein: „...als Summe uralter Menschheitsideale: Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit für die Unterdrückten, Hilfe für die Schwachen ist er unvergänglich.“

Gescheitert ist der Stalinismus. Und der Sozialismus wird von denen befreit, die seinen Namen mißbraucht haben.

Das Zeitalter der Sozialdemokratie ist also nicht zu Ende - es hat gerade erst begonnen. Das haben nur noch nicht alle Sozialdemokraten gemerkt.

V i e r t e n s: Die Neuordnung Europas führt zur Auflösung der Blöcke. Wer in der NATO die raison d'être westeuropäischer Zusammenarbeit sieht, kann diese Aufgabe nicht bewältigen. Weniger Rüstungsausgaben und weniger Militärpräsenz, kein Jäger 90 und keine Modernisierung von Atomwaffen, Zonen ohne Chemie- und Atomwaffen. Wer anders als die Sozialdemokraten könnte das neue Kapitel der Abrüstungspolitik schreiben, auf das jetzt alle warten?

F ü n f t e n s: Ob beim Gipfel in Straßburg oder auf der geplanten Regierungskonferenz zur Währungsunion in den nächsten Wochen und Monaten fallen vor allem im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft Entscheidungen, die die Gemeinschaft selbst und ganz Europa verändern können. Sie beeinflussen auch die Erfolgsaussichten des demokratischen Neuanfangs in Osteuropa.

Wird aus der westeuropäischen EG der Kristallisationskern einer Gemeinschaft west- und osteuropäischer Staaten, in der auch alle denkbaren Antworten auf die deutsche Frage Platz finden? Wie wird die Zusammenarbeit der EG mit der EFTA organisiert? Ist der Mut Westeuropas zur Hilfe und Kooperation mit dem neuen Osteuropa wenigstens so groß wie der Mut der Demonstranten in Prag? Wird die Revolution in Osteuropa zum Alibi der Bremser der osteuropäischen Integration oder zum Katalysator vertiefter Zusammenarbeit? Wird das neue Europa den europäischen Traditionen des Sozialstaats gerecht werden?

Jetzt werden die Weichen für die Zukunft Europas und damit für die Zukunft Deutschlands gestellt. Die Sozialdemokratie muß daran mitwirken.

Sozialdemokratische Meinungsführerschaft für die Zukunft Deutschlands und Europas setzt einiges voraus:

- Die SPD darf wegen des Hintergrunds deutscher Geschichte und Verantwortung keine falsche Zurückhaltung zeigen: Deutsche Politik, die nicht sagt, was sie will, irritiert unsere Nachbarn mehr als eine selbstbewußte Vertretung unserer Interessen.
- Die SPD muß die „nationale Frage“ beantworten, wenn sie ihre politische Zukunft nicht riskieren will.

Selbstbestimmung der Menschen - das gilt auch für die Deutschen. Der einige Tage später vom gesamten Europäischen Parlament übernommene Beschluß der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments vom 11. November setzt einen bemerkenswerten Maßstab: „Die Sozialistische Fraktion vertritt die Auffassung, daß die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch machen muß, d.h. das Recht zu bestimmen, welches politische und wirtschaftliche System entwickelt werden sollte, einschließlich der Möglichkeit, Teil eines vereinigten Deutschlands in einem vereinten Europa zu sein.“

- In der SPD darf die richtige Formel von der Verbindung der Einheit der Deutschen mit der Einheit Europas weder als Ausrede für deutschland- und europapolitische Konzeptionslosigkeit noch als Tarnkappe mißbraucht werden, unter der das alte in der SPD verbreitete Vorurteil neue

Blüten treibt, die Einheit der Deutschen und die europäische Integration stünden im Widerspruch zueinander.

- Die westeuropäischen Sozialdemokraten müssen sich zusammen mit den sozialdemokratischen Bewegungen in Osteuropa auch politisch organisieren: Aus dem westeuropäischen Zusammenschluß im Bund der Sozialdemokratischen Parteien muß eine gesamteuropäische Organisation werden. Die Gründung einer europäischen Partei des demokratischen Sozialismus steht auf der Tagesordnung. Die SPD muß in ihrer eigenen Arbeit aus der neuen europäischen Dimension Konsequenzen ziehen. Geld, Technik und Personal müssen stärker auf die Europaarbeit der Partei konzentriert werden. Die Wahlkampfkostenerstattung aus der Europawahl ist hoch genug.

Das folgende Konzept der SPD-Europaabgeordneten stellt Elemente eines sozialdemokratischen Plans für die Einheit Europas und Deutschlands zur Diskussion:

Die Einigung Europas und die Einheit der Deutschen - ein Diskussionsbeitrag

(Beschlissen von den SPD-Abgeordneten im EP am 6. Dezember 1989)

I.

Die friedliche Revolution der Deutschen in der DDR und der Menschen in vielen Staaten Osteuropas ist eine historische Chance für Deutschland und für Europa:

Zum ersten Mal können Freiheit und Selbstbestimmung für alle Menschen in Europa Wirklichkeit werden.

Zum ersten Mal kann eine soziale und friedliche europäische Staatengemeinschaft entstehen, die auf den zugleich vielfältigen und gemeinsamen Traditionen der Aufklärung und des Humanismus, der Demokratie und des sozialen Rechtsstaats fußt.

Zum ersten Mal kann durch Abrüstung und Zusammenarbeit Krieg in Europa unmöglich gemacht werden.

Zum ersten Mal besteht eine Chance, die drängenden ökologischen und ökonomischen Probleme im gemeinsamen Haus Europa gemeinsam zu lösen. Ein zur Einheit zusammenwachsendes Deutschland kann dabei eine zukunftsweisende Rolle spielen.

Zum ersten Mal können wir die Einheit der Deutschen zusammen mit der Einigung Europas in konkreten Schritten verwirklichen.

Wir wollen diese Chance nutzen.

II.

Unser Plan für die Einheit Europas und Deutschlands zeigt:

- Westeuropa muß sofort Hilfe für die Selbstbestimmung der Menschen in Osteuropa leisten, bevor es dafür zu spät ist. Westeuropa muß jetzt Mitverantwortung dafür übernehmen, daß die friedliche Revolution in Europa nicht scheitert.
- Jetzt muß das europäische Dach gebaut werden, unter dem jede Nation ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben kann, ohne daß dies von den Nachbarn als Bedrohung empfunden wird. Das gilt auch für die Deutschen in der DDR und in der Bundesrepublik. Niemand wird ihnen das Recht bestreiten, selbst über die Zukunft ihrer Staaten zu entscheiden, wenn sie dieses Recht in ihrer Verantwortung für ganz Europa ausüben. Wir müssen dafür sorgen, daß das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten und die Einigung Europas eng miteinander verknüpft bleiben. Jetzt werden die Weichen für das Europa gestellt, in dem die verschiedenen denkbaren Antworten auf die deutsche Frage ihren Platz finden.

- Die EG muß eine Schlüsselrolle übernehmen. Nur eine starke EG kann einen starken Beitrag zum Aufbau des neuen Europa leisten. Die Verwirklichung der sozialen Dimension, der Währungsunion und die Demokratisierung der Entscheidungsprozesse in der EG bleiben dafür unverzichtbare Voraussetzungen. Die Vertiefung und Weiterentwicklung der westeuropäischen Integration ist eine wesentliche Voraussetzung einer erfolgreichen Politik für Gesamteuropa und für Deutschland.

III.

Unser Weg für die Einheit Deutschlands und Europas bedeuten für

1. Europa:

- a) Ein umfassender Entwicklungsplan für die politische und wirtschaftliche Erneuerung Osteuropas, einschließlich der Sowjetunion; dazu gehören
 - die Bereitschaft zu umfassender ökonomischer, ökologischer und wissenschaftlicher Kooperation,
 - der Abbau der Handelsbeschränkungen gegenüber den reformbereiten Staaten Osteuropas,
 - ein Europa-Kapitalfonds zur Finanzierung von privaten und öffentlichen Investitionen, zur Modernisierung bestehender Betriebe und zur Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen,
 - die Förderung von Investitionen westeuropäischer Unternehmen in Staaten Osteuropas,
 - die Bereitstellung von Krediten der Weltbank, der Europäischen Investitionsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Finanzierung wirtschaftsnaher Infrastrukturprojekte.
- b) Die EG schafft die Möglichkeit einer besonderen EG-Assoziation für die reformierten Staaten Osteuropas, einschließlich der DDR, die dies wollen. Die EG erklärt ihre grundsätzliche Offenheit für die demokratischen Staaten Osteuropas, die der Gemeinschaft beitreten wollen.
- c) EG und EFTA vereinbaren einen gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum, in dem Kooperation auf allen Feldern der Gemeinschaftspolitik mit Ausnahme der außenpolitischen Zusammenarbeit und der Agrarpolitik verwirklicht werden.
- d) Die verschiedenen Teile Europas (EG, EG-Assoziierte, EFTA, Sowjetunion) werden durch gesamteuropäische Institutionen und Vereinbarungen verklammert. Dazu gehören
 - der Europarat,
 - der Rahmen der KSZE, der für die Zusammenarbeit zum Beispiel bei Verkehrs-, Energie- und Umweltfragen genutzt werden muß,
 - eine gesamteuropäische Umweltbehörde,
 - eine gesamteuropäische Abrüstungsbehörde,
 - ein gesamteuropäischer Energievertrag als Ergebnis einer Revision des EURATOM-Vertrages und des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).
- e) Verwirklichung von Sicherheitspartnerschaft, Abrüstung und Angriffsunfähigkeit der Streitkräfte mit dem Ziel, NATO und Warschauer Vertrag durch eine gesamteuropäische Friedensgemeinschaft zu ersetzen. Die Revolutionen in Osteuropa sind auch sicherheitspolitische Vorleistungen des Ostens, auf die der Westen antworten muß.

2. Deutschland:

Wir müssen unsere Vorstellungen über die künftigen Beziehungen der beiden deutschen Staaten entwickeln. Die Bürger/innen der DDR werden ihre Vorstellungen dazu frei diskutieren und entscheiden.

Unsere Vorschläge sind:

- a) Beide deutschen Staaten vereinbaren ein Sofortprogramm, das den demokratischen Neuanfang in der DDR erleichtert.

Dieses Sofortprogramm regelt:

- eine währungspolitische Zusammenarbeit, die die Gefahr volkswirtschaftlicher Nachteile für die Bundesrepublik ebenso eingrenzt wie die Gefahr eines „Ausverkaufs“ der DDR. Dazu gehört ein System fester Wechselkurse nach dem Beispiel der seit Jahrzehnten stabilen Wechselkursverhältnisse zwischen Deutscher Mark und der österreichischen Währung; eine deutsch-deutsche Bank ist zu gründen;
- finanzielle Unterstützung und Lieferung von Maschinen und Material für zu vereinbarende Projekte zur Entwicklung der Infrastruktur, insbesondere der Telekommunikation, des Umweltschutzes und des Verkehrs;
- Voraussetzungen für gemeinsame Unternehmen und private Investitionen in der DDR durch Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland;
- gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des unbehinderten Reiseverkehrs und Tourismus für die Bürger beider deutscher Staaten;
- den deutsch-deutschen Luftverkehr.

- b) Die Bundesrepublik Deutschland vereinbart mit einer frei gewählten DDR-Regierung eine Vertragsgemeinschaft, die insbesondere regelt:

- die Vorbereitung eines Währungsverbundes;
- die Entwicklung gemeinsamer Organe und Gremien, vor allem für die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Kultur;
- die Entwicklung von Infrastrukturprojekten auf den Gebieten des Umweltschutzes, der Energieversorgung und des Verkehrs mit gesamteuropäischer Dimension;
- die freie Wahl des Wohnsitzes zwischen beiden deutschen Staaten;
- den Ausgleich zwischen den verschiedenen Systemen der sozialen Sicherung (Rentenabkommen).

- c) Die Vertragsgemeinschaft ist die Vorstufe einer Konföderation der beiden deutschen Staaten, die zugleich ein geeigneter Rahmen für eine enge Verbindung der DDR mit der EG ist.

- d) Die frei gewählten Regierungen und Parlamente der Bundesrepublik und der DDR vereinbaren eine Volksabstimmung in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland, in der darüber hinausgehende Schritte zur Zukunft der beiden deutschen Staaten entschieden werden.

- e) Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR stellen in einer gemeinsamen Erklärung die Anerkennung und Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze fest, die auch im Rahmen einer etwaigen friedensvertraglichen Regelung nicht in Frage gestellt werden soll. (-/12.12.1989/vo-he/hgs)

Zehn Thesen zur deutschen Frage

Von Hellmut Sieglerschmidt

1. Jedes Volk hat das Recht auf Selbstbestimmung, soweit es dabei nicht die Rechte anderer Völker verletzt und nicht gegen das Völkerrecht verstößt. Das gilt auch für das Volk in den beiden deutschen Staaten.
2. Das deutsche Volk in der Bundesrepublik hat sich durch seine Zustimmung zum Grundgesetz zum Ziel der Einheit und Freiheit Deutschlands bekannt. Insbesondere Art. 23 des Grundgesetzes (Inkrafttreten „in anderen Teilen Deutschlands“ nach deren Beitritt) läßt keinen Zweifel daran, daß damit die staatliche Einheit gemeint ist. Das Volk in der Bundesrepublik hat daher bereits insoweit von seinem Selbstbestimmungsrecht - mindestens grundsätzlich - Gebrauch gemacht.
3. Nun ist das Volk in der Deutschen Demokratischen Republik aufgerufen, in freier Selbstbestimmung zu entscheiden, ob es die staatliche Einheit mit der Bundesrepublik oder den Fortbestand eines eigenen Staates will.
4. Eine Entscheidung in freier Selbstbestimmung ist nur möglich, wenn sie ohne jede Pression von außen, weder aus der Bundesrepublik noch aus anderen Nachbarländern noch von Seiten der beiden Weltmächte getroffen werden kann.
5. Würde sich das Volk in der DDR für die staatliche Einheit Deutschlands aussprechen, so ist klar, daß diese ohne Änderung der gegenwärtigen völkerrechtlichen Rahmenbedingungen nicht vollzogen werden könnte. Theoretisch wäre eine Änderung dieser Rahmenbedingungen entweder durch Eintritt des gesamtdeutschen Staates in die NATO beziehungsweise den Warschauer Pakt oder durch Bündnisfreiheit dieses Staates dankbar.
6. Geht man davon aus, daß die vier Mächte, die völkerrechtlich noch für Deutschland als Ganzes verantwortlich sind, aber auch andere Beteiligte nichts zuzulassen bereit sind, was ihrer Ansicht nach die Stabilität in Europa gefährden könnte, so erscheint es unwahrscheinlich, daß eine der drei vorgenannten Änderungen der völkerrechtlichen Rahmenbedingungen erreichbar wären. Das gilt insbesondere auch für die von einigen anvisierte Bündnisfreiheit eines gesamtdeutschen Staates als Zwischenschritt auf dem Weg zur Neuordnung Europas.

7. Als Alternative zur gegenwärtigen Stabilität des Gleichgewichts der beiden Bündnisse in Europa ist eine solche nur als gesamteuropäische Föderation oder Konföderation vorstellbar, die sich verpflichtet, keine Bündnisse nach außen einzugehen. Nur unter der Voraussetzung eines derartigen gesamteuropäischen Zusammenschlusses erscheint es denkbar, daß die beiden Weltmächte sich bereit erklären, sich aus Europa zurückzuziehen (disengagement), und die beiden Bündnisse aufgelöst werden können. Eine solche Lösung bietet sich als Fortentwicklung des KZSE-Prozesses an.
8. Eine etwaige Option des Volkes der DDR für staatliche Einheit in Deutschland könnte möglicherweise den vorgenannten Prozeß beschleunigen, bliebe aber nach Lage der Dinge ohne praktische Folgen, wie es ja auch die im Grundgesetz enthaltene Option 40 Jahre lang geblieben ist.
9. In jedem Falle können und sollten die beiden deutschen Staaten sich bemühen, pragmatisch auf dem Weg zu einer vertieften Vertragsgemeinschaft voranzukommen. Dabei sind unnütze Diskussionen darüber, ob diese Vertragsgemeinschaft völkerrechtlich nun als Konföderation oder anders zu definieren ist, zu vermeiden.
10. Die Nachkriegszeit wird erst beendet sein, wenn die vier Mächte ihre Verantwortung für Deutschland und als Ganzes zugunsten eines auf einer europäischen Friedensordnung beruhenden gesamteuropäischen Zusammenschlusses aufgegeben haben werden. Wenn dann die völkerrechtlichen Rahmenbedingungen die Schaffung eines gesamtdeutschen Staates erlauben würden, wird es Sache des Volkes in den beiden deutschen Staaten sein zu entscheiden, ob sie dann noch - und wenn ja, in welcher Form - die staatliche Einheit wollen. Sicherlich ist es nur natürlich und legitim, wenn ein Volk verlangt, in einem Staat zusammenleben zu wollen. Wer europäisch denkt, für den nimmt allerdings der Nationalstaat nicht einen solchen Rang in der Werteordnung ein, daß nicht auch das Nebeneinander und Miteinander zweier beziehungsweise dreier Staaten deutscher Kulturnation im Rahmen eines europäischen Zusammenschlusses als eine befriedigende und befriedende Lösung betrachten könnte. (-/12.12.1989/vo-he/hgs)

Der Verfasser war 1946/47 Mitglied des Mecklenburgischen Landtags. Er vertrat von 1969 bis 1980 Berlin im Deutschen Bundestag und von 1977 bis 1984 im Europäischen Parlament.

* * *

DOKUMENTATION

Was die Sozialdemokraten in der DDR wollen

(Teil IV und Schluß)

Bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, die am 7. Oktober in Schwante (Kreis Oranienburg) erfolgte, hielt Markus Mecken einen programmatischen Vortrag, den wir in mehreren Fortsetzungen dokumentieren. Der Vortrag war von einer Initiativgruppe, die die Parteigründung vorbereitet hatte, erarbeitet worden.

Umbau der Landwirtschaft

Landwirtschaft und naturnahe Landschaftsgestaltung müssen wieder zusammenkommen. Großflächige industrielle Landwirtschaft mit schweren Maschinen sowie die Intensivbearbeitung der Böden mit chemischen Düngern und der Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln tragen wesentlich zur Zerstörung unserer Umwelt bei und sind zudem wirtschaftlich unrentabel und wenig flexibel. Die Landwirtschaft muß umstrukturiert werden, hin:

- zu gemischten Eigentumsformen und kleineren Einheiten (Genossenschaften, kleinere und mittlere private Betriebe,
- zu angepaßteren Kleintechnologien (energiesparend und bodengerechter),
- Abschaffung von Großprojekten der Massentierhaltung und Verringerung der Fleischproduktion;
- möglichst regionale Verflechtung von Erzeugung und Verwaltung von im Land gebrauchten Lebensmitteln,
- Förderung ökologischen Landbaus. Staatliche Stützungen, besonders in der Zeit des Umbaus.

Konsumgewohnheiten und Lebensstil

Jede Wirtschaft wird stark von den jeweiligen Konsum- und Lebensgewohnheiten einer Gesellschaft bestimmt. Gerade durch den Umbau der Wirtschaft auf eine Marktorientierung hin kann der Einfluß der Konsumenten auf die Wirtschaft größer werden. Hier stehen wir in der Gemeinschaft vieler gesellschaftlicher Kräfte, insbesondere der Kirchen, vor der Aufgabe, einen Bewußtseinswandel zu fordern, der Lebensqualität und -erfüllung nicht vorrangig an materiellem Konsum mißt, sondern in geistigen, kulturellen und solidarischen Werten. Eine Veränderung von Konsumgewohnheiten und des Lebensstils wird eine soziale, demokratische und ökologische Entwicklung der Gesellschaft nicht unwesentlich fördern.

Soziale Sicherheit und Gleichberechtigung der Frau

Mit beiden Stichworten sind Sachverhalte angesprochen, in denen die DDR in ihrer bisherigen Entwicklung am meisten geleistet hat. Trotzdem bleiben auch hier viele Probleme offen. Sozialpolitik darf nicht nur auf materielle Versorgung sozial Schwacher zielen, sondern auf die Integration in die sozialen Lebensprozesse. Hier liegt viel im Argen, genannt seien hier nur die Alten und die Behinderten. Andere Probleme, wie die der Alkoholiker, sind überhaupt noch nicht genügend im Blick - die Investitionen sind minimal und der Mitarbeiterbedarf groß.

Die Gleichberechtigung der Frauen ist in der sozialen Anerkennung und auch ökonomisch im internationalen Maßstab weit vorangeschritten. Doch kommt es sehr häufig zu Doppelbelastungen in Arbeit, Familie und Haushalt. Auf den höheren Ebenen in Staat und Gesellschaft sind Frauen unterrepräsentiert. Eine Neubewertung der Gestaltung und Verteilung von Arbeit ist erforderlich, um Frauen und Männern mit ihren spezifischen Fähigkeiten gleichberechtigt Geltung zu verschaffen. Hier liegen weitreichende kulturelle und gesellschaftliche Aufgaben, denen wir uns klarstellen müssen.

Zur Außenpolitik – Internationale Politik

Wir setzen uns für ein friedliches und gerechtes Miteinander der Völker ein, für Abrüstung auf allen Ebenen und wollen uns im eigenen Land für entsprechende Schritte einsetzen.

An der Seite der Entwicklungsländer treten wir für eine grundlegende Neuordnung der Weltwirtschaft ein, um zu gerechten Handelsbedingungen zwischen den Völkern zu kommen.

Wir treten für die Stärkung der UNO und den Eintritt der DDR in alle internationalen Organisationen ein, die diesen Zielen dienen (z.B. Rohstoff-Fonds). Die DDR selbst sollte mit den am wenigsten entwickelten Ländern einen erweiterten und gerechten Handel führen, orientiert an deren Bedürfnissen und Zielen einer eigenständigen Entwicklung.

Ein wichtiges Anliegen der Außenpolitik muß die Förderung der Menschenrechte sein. In diesen Fragen sollte sich die DDR auch diplomatisch exponieren. Um dabei glaubwürdig zu sein, bedeutet es einen Verzicht auf jede Form auswählender Menschenrechtspolitik, d.h. auf jegliche interessen- oder ordnungspolitische Instrumentalisierung der Menschenrechte. Wir treten ein für die Gewährung von Asyl für politisch Verfolgte. Solidarität mit den entrechteten und unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten sollte Prinzip unserer Außenpolitik sein.

Europa

Wir treten für eine intensive Weiterführung des KSZE-Prozesses ein und sehen darin wichtige Schritte auf dem Weg zur gesamteuropäischen Friedensordnung, die wir anstreben. In dieser werden Warschauer Vertrag und NATO überflüssig sein. Darauf wollen wir hinarbeiten.

Wir unterstützen die Veränderungen in den anderen Staaten Ost- und Mitteleuropas und wollen mit den Kräften der Veränderung dort in einen intensiven Kontakt und Erfahrungsaustausch eintreten. Wo wir uns gegenseitig helfen können, müssen wir es tun!

Große Befürchtungen hegen wir angesichts des für 1992/93 vorbereiteten (West)-Europäischen Binnenmarktes. Wir sehen eine Entwicklung zur Konzentration wirtschaftlicher Macht und nicht die notwendigen europäischen Institutionen, die sie realiter begrenzen würden. Wir befürchten, mit anderen Ländern zum bloßen Hinterhof Westeuropas degradiert zu werden. Wir hoffen, in Zukunft mit der Unterstützung verbündeter Kräfte in Westeuropa den Spielraum eigenständiger Entwicklung uns erhalten zu können, den wir dringend brauchen.

Unsere Verbündeten sind die, die auch in den westlichen Ländern solche Veränderungen anstreben, die unseren Zielen entsprechen. Veränderungen dort hin zu einer wirklichen Demokratisierung der Wirtschaftsprozesse würden auch uns größere Handlungsmöglichkeiten eröffnen.

Die Deutsche Frage

Wir anerkennen die Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit unseres Volkes. Damit sind künftige Optionen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung nicht ausgeschlossen, doch können sie jetzt nicht handlungsorientierte politische Ziele sein.

Mit der Bundesrepublik Deutschland verbindet uns eine gemeinsame Geschichte, Kultur und die Zugehörigkeit zu einer gemeinsamen Nation. Dazu kommen millionenfach verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Menschen. Doch eine fast 45jährige Nachkriegsgeschichte, die die beiden deutschen Staaten in feindliche Bündnisse einbezogen hat und in ihnen zu

recht unterschiedlichen Entwicklungen geführt hat: eingebettet in eine ganz bestimmte europäische Konstellation - das läßt sich nicht einfach alles wegwischen. Die Rede von Wiedervereinigung ist da äußerst unproduktiv und im Grunde rückwärtsgewandt, denn eine W i e d e r vereinigung wird es nun bestimmt nicht geben können. Wir wollen das freie Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung der DDR. Wir wollen offene Grenzen mit visafreiem Verkehr zur Bundesrepublik und die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die Bundesrepublik. Nach dem letzten Weltkrieg sind bald 50 Jahre vergangen.

Wir sollten Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den ehemaligen Siegermächten anstreben, um zu einem Friedensvertrag zu kommen. Dieser sollte die dringend anstehende volle Souveränität der beiden deutschen Staaten her und sollte auch zur Anerkennung Westberlins als Teil der Bundesrepublik führen. Dafür treten wir jedenfalls ein. Ein wichtiges Ergebnis müßte der Rückzug der alliierten Truppen und besonders der beiden Großmächte aus beiden deutschen Staaten sein. Das erfordert gleichzeitig weitreichende abrüstungspolitische Rahmenbedingungen und brächte den friedenspolitischen Prozeß in Europa ein gutes Stück voran.

Schlußbemerkungen

Wir wissen: Mächtige Gegenkräfte stehen gegen das, was wir vorhaben. In unserem Land ist es nicht nur die SED und der von ihr noch beherrschte Staatsapparat. Wenn ich einmal einen demokratischen Staat der DDR voraussetze, so werden es diejenigen sein, die einfach nur eine Wiedervereinigung als Angliederung an die Bundesrepublik wollen.

Jenseits unserer Grenzen werden die sich gegen uns wenden, die den Versuch einer Alternative zum kapitalistischen System mit dem Scheitern des realsozialistischen Modells für grundsätzlich gescheitert ansehen wollen, als gäbe es keine andere Alternative - eben weil sie keine wollen. Und so werden sie gegen uns arbeiten. Deshalb suchen wir in West und Ost nach Verbündeten, die uns helfen, den Raum für diesen Versuch zu haben, ökonomisch und auch politisch.

Wir rufen und bitten alle, die sich mit diesem Versuch identifizieren können oder ihn jedenfalls für ein sinnvolles Experiment halten, um Unterstützung und Solidarität. Beides werden wir dringend brauchen.

Ebenso rufen wir alle ehemaligen DDR-Bürger auf, zu bedenken, ob die dann anders geartete DDR für sie nicht doch noch oder wieder zu einer Heimat werden kann, in der sie leben wollen, um an diesem, wie wir glauben, für uns - und vielleicht auch für Europa - wichtigen Experiment mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Zuletzt - und das heißt, an gewichtigster Stelle - rufen wir alle Bürger der DDR auf, zu prüfen, ob sie sich mit unseren Zielen identifizieren können und mit uns für sie arbeiten möchten.

Wir laden alle dazu ein. Ohne eine breite Zustimmung und die engagierte Mitarbeit vieler werden wir sie nicht erreichen können. Wer sich nicht mit unseren Zielen einverstanden erklären kann, bestimme seine eigene demokratische Perspektive. Wir suchen ein Bündnis mit allen, die an einer grundlegenden Demokratisierung unseres Landes mitarbeiten wollen.

Jeder, der daran mitarbeitet, ist Teil der Hoffnung für dieses Land!

(-/11.12.1989/vo-he/rs)

* * *

(Dieser Text wurde von Norbert Gansel MdB zur Verfügung gestellt.)